



Jahresbericht 2009

Eidgenössische Kommission gegen Rassismus EKR

Schwerpunkte 2009

Publikationen

- ▶ TANGRAM Nr. 23 zum Thema „Mehrfachdiskriminierung“ und Nr. 24 zum Thema „Strukturelle Diskriminierung“
- ▶ Stellungnahme der EKR zu den Massnahmen gegen Rassismus in der Schweiz zwischen 2001 und 2009, vorgestellt an der Folgekonferenz zur Rassismuskonferenz von Durban
- ▶ Auf Anfrage von fünf Städten Expertise der EKR zum öffentlichen Aushang der Plakate des Initiativekomitees „gegen den Bau von Minaretten“

Webauftritt

- ▶ Aufschaltung der „Politischen Agenda“, die eine Übersicht über die wichtigsten politischen parlamentarischen Vorstösse zu Rassismus-, Ausländer-, Einbürgerungs- und Integrationsfragen gibt
- ▶ Aufschaltung der kantonalen Urteile zu Art. 261^{bis} StGB des Jahres 2007 und neue Darstellung der dazugehörigen Statistik

Manifest der vielfältigen Schweiz

Am 22. August 2009 organisierte die EKR zusammen mit dem Präsidium der Stadt Biel eine Veranstaltung unter dem Titel „Mani-Fest / Mani-Fête“, an welcher das von der EKR entwickelte „Manifest der vielfältigen Schweiz“ lanciert wurde. Ehrengast am Fest war Bundesrat Pascal Couchepin

Sensibilisierung

- ▶ Weiterführung der Sensibilisierung zu Einlassverweigerung: Publikation der Empfehlungen und des Merkblatts für Bar- und Discobetreiber in Zusammenarbeit mit der Stadt Bern und der Beratungsstelle ggfon - Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus. In der Folge direkter Austausch mit Bar- und Discobetreibern auf Einladung der Gewerbepolizei Bern.
- ▶ Erste Evaluation registrierter Konfliktfälle im Rahmen des Beratungsnetzes für Rassismuskonflikte, Bericht 2009

Nationales/Internationales

- ▶ Treffen der kantonalen und kommunalen Integrationsdelegierten und Kontaktpersonen der EKR mit dem Präsidium und Mitgliedern der Kommission
- ▶ Teilnahme an einer Anhörung und Präsentation einer speziell erarbeiteten Stellungnahme vor dem UNO-Überwachungskomitee für ökonomische, soziale und kulturelle Rechte, CESCR
- ▶ Teilnahme als *National Human Rights Institution/specialised agency* an der UNO-Folgekonferenz gegen Rassismus von Durban in Genf im April 2009. Einreichung eines Berichts über die Umsetzung der Empfehlungen der Durban-Konferenz in der Schweiz, 2001-2009

1 Kommentar zur Lage 2009

2009 kann für die EKR als ein sehr aktives und auch unruhiges Jahr bezeichnet werden. Noch nie hat sich die Kommission so oft mit Medienmeldungen verlauten lassen wie 2009, nämlich zehn Mal.

Zu Beginn des Jahres beschäftigten die Kommission die Auswirkungen des erweiterten Personenfreizügigkeitsabkommens auf die hier ansässigen oder neu einreisenden Sinti/Roma/Jenischen. Im Vorfeld der Abstimmung wurde Befürchtungen laut, es würden tausende von rumänischen und bulgarischen Sinti und Roma ihr Heil in der Schweiz suchen. Ein grosser thematischer Bogen kann gespannt werden zu der von den Medien aufgeputschten Aufregung um einen akademischen Artikel des Ethnologen Prof. Christian Giordano, der im Bulletin TANGRAM Nr. 22 die Frage stellte, ob man sich einen Rechtspluralismus auch in der Schweiz vorstellen könnte. Die Entrüstung über das an die Wand gemalte Gespenst von Scharia-Gerichten in der Schweiz entlud sich sogar persönlich gegenüber dem muslimischen Mitglied in der EKR, so dass sich die EKR schützend vor dieses stellen musste.

Die fremden- und insbesondere muslimfeindliche Saat ging in der Abstimmung über das Minarettverbot auf, welches von 57,4% der Stimmenden angenommen wurde. Mehrere Städte ersuchten im Vorfeld der Abstimmung die EKR um eine Expertise, ob der Aushang des Plakats der Initianten auf öffentlichem Grund diskriminierend und daher zu verbieten sei. Die EKR fasst die aktuelle Rechtspraxis zusammen, die noch nie ein solches oder ähnliches Plakat verboten habe. Sie betonte jedoch, dass ihrer Meinung nach das Plakat diffamierend und diskriminierend sei. Dieser Meinung schlossen sich alle Städte an, wobei die einen dennoch den Aushang erlaubten, die anderen – stringenter - diesen Aushang auf öffentlichem Grund verboten.

Die EKR und insbesondere dessen Präsidium, aber auch die anderen Mitglieder je in ihrem Aktionsradius engagierten sich hier im Abstimmungskampf. Für die EKR verletzt ein Minarettverbot das Diskriminierungsverbot bezüglich der Ausübung der Religionsfreiheit und muss als antimuslimisches Zeichen gewertet werden. Diese Aktivitäten banden viele Kräfte auch im Sekretariat der EKR. Zudem wurde in der Folge der Präsident der EKR für historisch zutreffende Äusserungen stark angegriffen.

Zwei grössere Projekte, mit welchen die EKR 2009 an die Öffentlichkeit trat, waren der erste Bericht «Rassismuvorfälle in der Beratungspraxis Januar bis Dezember 2008», ein Monitoring-Projekt, das zusammen mit humanrights.ch und dem Beratungsnetz für Rassismuspfer lanciert wurde. Mit dem "Manifest der vielfältigen Schweiz" gelang es, verschiedene Institutionen, Firmen, Verwaltungen, Schulen, Vereine, Organisationen, Parteien und sonstige Körperschaften zu einem handfesten Bekenntnis zur Förderung der Vielfalt zu bewegen.

Das Jahr war auch im internationalen Austausch intensiv. Die EKR war wohl die einzige nationale Menschenrechtsinstitution, der es gelang, auf den Beginn der Durban-Folgekonferenz der UNO gegen Rassismus eine Evaluation der Entwicklung im eigenen Lande einzureichen. Der gute Ruf der EKR bei UNO-Gremien und bei solchen des Europarats hat sich 2009 verstärkt. So lobte ECRI in seinem Vierten Bericht zur Schweiz ausdrücklich, wie sehr die Kommission seit Jahren bei geringen Mitteln und einem kleinen Personaletat die Diskussion um Rassismus und dessen Bekämpfung prägte. Ein weiteres Menschenrechts-Überwachungsorgan, das Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte CESCR, lud die EKR zu einer Anhörung und zur Einreichung eines Berichts ein.

2 Interna

2.1 Mitglieder/Wahlen

Fatih Dursun, muslimischer Vertreter in der EKR und Vizepräsident der Vereinigung islamischer Organisationen Zürichs (VIOZ) nahm nach sechsjähriger Tätigkeit auf den 31. Dezember 2009 seinen Rücktritt.

2.2 Plenarsitzungen

2009 fanden fünf ordentliche Plenarsitzungen statt:

21. Januar

23. März

11. und 12. Mai (Retraite)

21. September

25. November

2.3 Präsidiumssitzungen

Präsidium und Sekretariat der EKR trafen sich 2009 zu sechs Sitzungen:

11. März

29. April

01. Juli

19. August

9. September

3. November

17. Dezember

2.4 Sekretariat

Die Position der Juristin und stellvertretenden Geschäftsleiterin wurde im März 2009 mit lic. iur, LL.M. Kathrin Buchmann besetzt. Frau Buchmann hat ihre Ausbildung an den Universitäten Fribourg, Brüssel und Minnesota absolviert. Die juristischen Praktikantinnen Sandra Steffen-Epp und Martina Quadri setzten die Aktualisierung der Urteilssammlung auf dem Web fort . Die für Öffentlichkeitsarbeit und die Redaktion des Bulletins TANGRAM zuständige wissenschaftliche Mitarbeiterin Emmanuelle Houlmann wurde während ihres Mutterschaftsurlaubs von Frau Joëlle Scacchi vertreten.

2.5 Budget der EKR

Das Jahresbudget 2009 der EKR betrug Fr. 155'000.-

3 Thematische Arbeit der Kommission

3.1 «Beratungsnetz für Rassismusopfer“, erster Bericht

Der erste Bericht rassistischer Vorkommnisse, die von Beratungsstellen bearbeitet wurden, konnte am 1. Juli 2009 publiziert werden. Der Bericht ist ein Ergebnis der Zusammenarbeit von EKR, Humanrights.ch/MERS und fünf Beratungsstellen in der Deutschschweiz. Der Bericht zeigt dass es Rassismussvorfälle in allen Lebensbereichen, in allen Ausdrucksformen und auch aus der ganzen Schweiz zu vermelden gibt. Wünschenswert ist, dass sich die Zahl der beteiligten Beratungsstellen erhöhen wird und dadurch mehr Fälle zu Rassismus erfasst werden können. Das „Beratungsnetz für Rassismusopfer“ arbeitet auch kontinuierlich an einer Verfeinerung des Erfassungsinstrument DoSyRa, das den Beratungsstellen eine Aufnahme und Verwaltung der eingegangenen Fälle ermöglicht und den Zugang zum Monitoring für sie eröffnet.

Webseite des Beratungsnetzes für Rassismusopfer:

www.ekr.admin.ch/dienstleistungen/00159/00265/index.html?lang=de

3.2 Arbeit zu Rechtsentscheiden

Die auf der Homepage der EKR veröffentlichte Urteilssammlung bietet interessierten Personen die Möglichkeit, sich einen Überblick über den Stand der Rechtsprechung zu Art. 261^{bis} StGB zu verschaffen und gezielte Suchabfragen nach Einzelfällen oder nach Kriterien wie Tatmittel, Täter- und Opfergruppen durchzuführen.

Im September 2009 wurden die Urteile 2007 auf der Homepage veröffentlicht. Ausserdem wurde auch die Statistik neu dargestellt. Jetzt ist es möglich, die verschiedenen Tätergruppen, Opfergruppen und die Kategorie Tatmittel je nach Ergebnis des Verfahrens (formeller Entscheid, Freispruch, Schuldspruch) abzurufen.

Sammlung Rechtsfälle: www.ekr.admin.ch/dienstleistungen/00169/index.html?lang=de

3.3 Antisemitismus

Ins Antisemitische kippende Äusserungen waren vor allem zu Beginn des Jahres als Begleitscheinung des Kriegs im Gazastreifen zu hören. Wie bei anderen Gelegenheiten braucht es eine feine Unterscheidung, was erlaubte Kritik an der Politik eines Staates ist, und wo pauschal gegen „die Juden“ polemisiert wird.

Im Sommer 2009 galt es zu evaluieren, inwiefern sich die Abstimmungsdebatte um die Initiative „gegen den Bau von Minaretten“ auch negativ auf andere religiöse Minderheiten auswirken könnte. Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund SIG engagierte sich mit den Landeskirchen gegen das Ziel der Initianten, Minarette zu verbieten. EKR und SIG trafen sich im Dezember zu einem inoffiziellen Treffen zur allgemeinen Lageerläuterung. Die Gefahr einer Beschränkung der Religionsfreiheit wurde dabei von beiden Organisationen angesprochen.

3.4 Islamophobie und Muslimfeindlichkeit

Die EKR bewertet das Resultat der Volksabstimmung vom 29. November, als die Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten angenommen wurde, als islamophob, von Angst gegenüber dem Islam bestimmt. Gleichzeitig sind darin auch muslimfeindliche Strömungen enthalten. Die EKR vernahm in einer Anhörung von der Erschöpfung muslimischer Exponentinnen und Exponenten während des Abstimmungskampfes, deren Argumente von negativen Feindbildern wegge-

schwemmt wurden. Von fünf Schweizer Städten wurde die Kommission im Oktober 2009 um eine Expertise zum öffentlichen Aushang des Abstimmungsplakats der Initianten angefragt. Die EKR hält das Plakat für pauschal diskriminierend, weil insgesamt Muslime und der Islam als gefährlich dargestellt werden.

Nach dem auch die EKR überraschenden Abstimmungsergebnis warb die Kommission für ein friedliches Zusammenleben auch ohne weitere Minarette. Die Frage, ob das Abstimmungsergebnis die EMRK und die Verpflichtungen der Schweiz der Konvention gegenüber verletze, interessiert auch für die Arbeit der EKR. Als eine Massnahme nach der Abstimmung plant die EKR zusammen mit der Menschenrechtsdirektion ODIHR der OSZE eine Konferenz für Vertreter/-innen muslimischer Organisationen, um über die Schaffung einer muslimischen Dachorganisation zu debattieren.

Aus aktuellem Anlass beschloss die EKR, die nächste Nummer ihres Bulletins TANGRAM der Muslimfeindlichkeit zu widmen.

3.5 Rassismus gegenüber Schwarzen

Die EKR lud im März 2009 Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen von Menschen afrikanischer Herkunft auf Grund der in letzter Zeit vermehrt aufgetretenen rassistischen Diskriminierungen gegenüber Schwarzen zu einer Anhörung ein. In der Diskussion wurde ein Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des revidierten Asylgesetzes festgestellt. Ausserdem wurde die immer wieder vorkommende Gewaltanwendung von Polizeibeamten gegenüber Menschen schwarzer Hautfarbe zur Sprache gebracht.

3.6 Fahrende

Die EKR warnte am 15. Januar 2009 mit einer Pressemeldung vor einer Stigmatisierung der Roma und der Jenischen rund um die Abstimmung zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien. Fahrende wie sesshafte Bürger dieser Länder durften sich schon vorher für drei Monate in der Schweiz aufhalten, das Abkommen werde also wenig ändern. Phänomene wie die Zunahme von bettelnden Roma in Schweizer Städten könnten mit entsprechenden Bestimmungen gelöst werden. Sie seien ein Gradmesser für die Armut der Roma in den osteuropäischen Ländern, welche auch mit spezifischen Entwicklungsprojekten der Schweiz bekämpft werden sollte.

Im Weiteren machte die EKR auf den bestehenden akuten Mangel an Stand- und Durchgangsplätzen für einheimische und ausländische Fahrende aufmerksam. Leider hat die in Aussicht gestellte Nutzung von ehemaligen Armeegeländen noch kaum positive Wirkung gezeigt.

3.7 Asylwesen

Im Rahmen des jährlichen Treffens mit Nichtregierungsorganisationen (NGO) vom 10. Juni 2009 zeigten sich diese sehr besorgt über die Entwicklungen im Asylbereich. Die erneuten einschneidenden Revisionsvorschläge im Asylgesetz verfolgte die EKR aufmerksam. Das Vernehmlassungsverfahren dauert noch bis zum 22. März 2010. Die EKR befasst sich immer wieder mit dem Thema der Diskriminierung von Asylsuchenden und Flüchtlingen auf Grund ihres rechtlichen Status. Dabei stützt sie sich unter anderem auf die Empfehlungen des UNO-Ausschusses zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung CERD (*General Recommendation No. 30: Discrimination Against Non-Citizens*).

3.8 Sensibilisierung von Polizeibehörden

Die EKR nimmt mit Genugtuung davon Kenntnis, dass die in den letzten Jahren in verschiedenen Polizeigremien eingeführten Kurse des TikK Kompetenzzentrum interkulturelle Konflikte sich gut etabliert haben. Die EKR bemüht sich weiterhin um eine konstruktive Kommunikation mit den zuständigen Polizeiorganen bei der Behandlung allfälliger rassistischer Übergriffe durch Angehörige eines Polizeikorps.

3.9 Diskriminierung beim Eintritt in Diskotheken und Bars

Zu Beginn des Jahres 2009 stellten der zuständige Berner Gemeinderat Reto Nause, Vertreter der Gewerbepolizei Bern, des gggfons und der EKR ein gemeinsam entwickeltes Informationsblatt zum Verbot der Einlassverweigerung vor. Bis im Dezember hatte die Gewerbepolizei der Stadt Bern rund tausend der Faltblätter an Berner Gastrobetriebe verteilt. Im gleichen Monat fand auf Einladung der Gewerbepolizei ein erstes Gespräch zum Thema Einlassverweigerung mit Berner Bars- und Discobetreibern statt. Die Diskussion war angeregt und wurde von den Eingeladenen als sehr nützlich empfunden. Insbesondere bedurfte das Verbot der gruppenbezogenen Einlassverweigerung zusätzlicher Klärung.

4 Publikationen / Forschung / Webseite

4.1 TANGRAM Nr. 23 «Mehrfachdiskriminierung»

Diese TANGRAM-Ausgabe präsentiert die neusten Erkenntnisse zur Mehrfachdiskriminierung. In der Tat erleben Diskriminierungsopfer oft unterschiedliche Ausgrenzungsformen, die sich gegenseitig verstärken. Diskriminierung auf Grund des Geschlechts, des Alters, der sexuellen Orientierung, einer Behinderung, der ethnischen Herkunft, der Hautfarbe, des sozialen Status oder auch auf Grund religiöser oder philosophischer Überzeugungen – sie alle haben eine starke Wirkung und beschränken die Handlungsmöglichkeiten des Opfers. Das Konzept der Mehrfachdiskriminierung ist die Antwort auf eine sehr komplexe Realität und kann die Spannungen, die sich aus dem Zusammenwirken verschiedener Diskriminierungsformen ergeben, aufzeigen und erklären.

TANGRAM Nr. 23: <http://www.ekr.admin.ch/shop/00008/00069/index.html?lang=de>

4.2 TANGRAM Nr. 24 «Strukturelle Diskriminierung»

TANGRAM Nr. 24 analysiert die strukturelle Diskriminierung. Ziel ist es, diese Diskriminierungsform besser zu verstehen und Massnahmen zu entwerfen, um diskriminierende Praktiken in Institutionen abzubauen. Entgegen des Diskriminierungsverbots in der Schweizerischen Bundesverfassung bestehen viele Ungleichbehandlungen fort. Gewisse gesetzliche Bestimmungen und Richtlinien begünstigen diskriminierende Praktiken oder den Missbrauch in deren Anwendung. Diese Praktiken der Ungleichbehandlung sind sowohl in öffentlichen als auch in privaten Institutionen festzustellen. Sie werden von den Ausführenden kaum bewusst als solche wahrgenommen.

TANGRAM Nr. 24: <http://www.ekr.admin.ch/shop/00008/00072/index.html?lang=de>

4.3. Politische Agenda

Eine neue, in den Jahren 2007 bis 2009 entwickelte Dienstleistung ist die sogenannte Politische Agenda auf der Website der EKR. In benutzerfreundlicher Form werden die hängigen Parlamentsgeschäfte zu den Themen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Einbürgerung und Integration zusammengefasst, so dass sich jedermann rasch dazu einen Überblick beschaffen kann. Die Politische Agenda wird von jeder Parlamentssession zur nächsten auf den neusten Stand gebracht.

Politische Agenda: <http://www.ekr.admin.ch/dienstleistungen/00284/index.html?lang=de>

5 Stellungnahmen und Vernehmlassungen

5.1. Stellungnahme der EKR anlässlich der Durban-Folgekonferenz der UNO, April 2009 in Genf

Als eine der ganz wenigen nationalen Menschenrechtsinstitutionen (*specialised agency*) präsentierte die EKR an der UNO-Folgekonferenz zur Weltkonferenz gegen Rassismus von Durban, die im April 2009 in Genf stattfand, eine Evaluation der Entwicklung der Rassismusbekämpfung 2001-2009 im eigenen Land. Sie hielt darin im Blick auf die von der Weltkonferenz Durban verabschiedeten Empfehlungen die positiven und negativen Entwicklungen in der Schweiz fest. Positiv vermerkte die EKR u.a., dass dem Phänomen Rassismus allgemein mehr Beachtung geschenkt wurde, neue Kantonsverfassungen ein Diskriminierungsverbot enthalten, es zur Gründung der Fachstelle für Rassismusbekämpfung kam, Bestrebungen für ein kontinuierliches Monitoring von Rassismus im Gange sind, die Bundesverwaltung Menschenrechtsprojekte durchführt und dass Sensibilisierungskurse bei Polizeien und im Gesundheitswesen lanciert wurden. Negativ zu Buche schlägt das Fehlen einer kohärenten Gesetzgebung gegen rassistische Diskriminierung, die zögerliche Rechtssprechung insbesondere zur diskriminierenden Leistungsverweigerung, die fehlende Integration der Rassismusbekämpfung bei den Kantonen, fehlende Sensibilisierungsprojekte für Justiz- und Strafverfolgungsbehörden, die schwach ausgebildete Opferberatung und das Fehlen einer vollausgestatteten nationalen Menschenrechtsinstitution.

5.2. Vernehmlassung zur Einführung von Art. 261^{ter} StGB

In ihrer Vernehmlassung sprach sich die EKR im Oktober 2009 für die Erweiterung des Strafrechtsartikels 261^{bis} Rassendiskriminierung um einen Artikel 261^{ter} und damit für die Einführung eines Verbot rassistischer Symbole aus. Diese Verschärfung des Strafrechts im Sinne einer besseren Bekämpfung von Rechtsextremismus hat bereits ein sehr lange Planungsphase hinter sich.

5.3. Stellungnahme der EKR zum Aushang von Plakaten der Initiative „Gegen den Bau von Minaretten“ im öffentlichen Raum.

Die EKR erhielt von fünf Schweizer Städten Anfragen für eine Evaluation der Plakate des Abstimmungskomitees "Gegen den Bau von Minaretten", die als Grundlage für den Entscheid der städtischen Exekutiven dienen könne, ob die Plakate auf öffentlichem Grund der Stadt ausgehängt werden sollen oder nicht. Darin analysierte die EKR die Wirkung der Plakate im öffentlichen Raum und kam zum Schluss, diese suggerierten, dass pauschal von der muslimischen Bevölkerung eine Bedrohung ausgehe. Dies ist für die betroffene Minderheit verletzend und ausgrenzend und kann auf die abstimmungsberechtigte Mehrheitsbevölkerung eine hetzerische Wirkung entfalten. Es müsse eine sorgfältige Güterabwägung zwischen dem Recht auf politische

Meinungsbildung vor einer Abstimmung und dem Diskriminierungsverbot vorgenommen werden. Mit einem Verbot der Plakate würden die Städte den Empfehlungen der internationalen Gremien gegen Rassismus nachkommen. Allerdings habe bisher kein Schweizer Gericht solche, resp. ähnliche Plakate verboten wie die beigefügten Urteilszusammenfassungen aufzeigten.

In der Folge verfügten Westschweizer Städte (Lausanne, Fribourg, Yverdon) wie Basel ein Verbot; Zürich, Winterthur, Luzern, St. Gallen, Genf und Bern hingegen sahen von einem Verbot der Plakate ab. Das Plakat sorgte in den europäischen Ländern für Aufsehen und wurde auch scharf kritisiert. Zwei ultranationalistische Parteien, der British National Party und der französische Front national, übernahmen das Plakat in angepasster Form. In Frankreich taxierte das Marseiller Obergericht das Plakat als aufhetzerisch und verbot den Aushang mit angedrohter Busse bei Nichtentfernung.

<http://www.ekr.admin.ch/dokumentation/00143/index.html?lang=de>

6 Öffentlichkeitsarbeit / Kontakte

6.1 Medienkontakte

Im Berichtsjahr erschienen folgende Medienmitteilungen:

- Personenfreizügigkeit hat keinen Einfluss auf die Durchreise von Fahrenden, 15. Januar 2009
- EKR für offene Debatte ohne Beschuldigungen, 23. Januar 2009
- Fremdenfeindlichkeit gegen Deutsche, 27. März 2009
- Umsetzung der Weltkonferenz gegen Rassismus in der Schweiz, 17. April 2009
- Weltkonferenz gegen Rassismus trotz allem ein Erfolg, 24. April 2009
- Rassismuskvorfälle in der Beratungspraxis, 30. Juni 2009
- Manifest der vielfältigen Schweiz wird lanciert, 20. August 2009
- Die Europäische Kommission gegen Rassismus ECRI kritisiert Verunglimpfungen und mahnt besseren gesetzlichen Schutz vor Diskriminierung an, 15. September 2009
- Aushang von Plakaten „Gegen den Bau von Minaretten“ kann den öffentlichen Frieden gefährden, 07. Oktober 2009
- Ein konstruktives Zusammenleben auch ohne weitere Minarette, 29. November 2009

Medienmitteilungen: www.ekr.admin.ch/dokumentation/00144/index.html?lang=de

6.2. Manifest der vielfältigen Schweiz

Ziel des «Manifests der vielfältigen Schweiz» ist es, die Aufmerksamkeit auf die Vielfalt zu lenken: Möglichst viele Institutionen, Firmen, Verwaltungen, Schulen, Vereine, Organisationen, Parteien und sonstige Körperschaften zu einem handfesten Bekenntnis zur Förderung der Vielfalt zu bewegen. Die Unterzeichnenden sagen zu, in zwei selbst bestimmten Sparten Projekte umzusetzen, die der Förderung und Akzeptanz der Vielfalt dienen.

Am 22. August 2009 organisierte die EKR zusammen mit dem Präsidium der Stadt Biel eine Veranstaltung unter dem Titel «Mani-Fest / Mani-Fête», an welcher das von der EKR entwickelte «Manifest der vielfältigen Schweiz» lanciert wurde. Ehrengast am Fest war Bundesrat Pascal Couchepin.

Das Manifest wurde von 24 Firmen / Personen unterzeichnet. Ausserdem haben sich 48 Personen als Freunde des Manifests gemeldet. Erklärtes Ziel der Freunde ist es, innerhalb von zwei Jahren je zwei Personen oder Firmen zu finden, die das Manifest unterzeichnen.

Link zum Manifest: <http://www.ekr.admin.ch/dienstleistungen/00290/index.html?lang=de>

6.3 Kontakte

6.3.1 Treffen mit den kantonalen Ansprechpersonen und den kantonalen bzw. kommunalen Integrationsbeauftragten

Das diesjährige Treffen mit den kantonalen Ansprechpersonen und den Integrationsdelegierten fand am 30. November, einen Tag nach der Abstimmung „Gegen den Bau von Minaretten“ statt. Dem Abstimmungsergebnis, seiner Aufarbeitung und den Erwartungen an den Bund und an die EKR wurde dementsprechend in der Diskussion viel Raum gegeben.

6.3.2 Jahrestreffen mit NGO

Themen des Treffens mit Nichtregierungsorganisationen waren die Umsetzung der Empfehlungen des UNO-Komitees gegen Rassismus CERD, die Durban-Folgekonferenz der UNO in Genf und deren Ergebnisse. Weiter wurden die Ergebnisse des zweiten Prüfungszyklus betr. die Anwendung der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten in der Schweiz diskutiert. Ein Dauerthema ist die Benachteiligung der anerkannten nationalen Minderheit der Fahrenden/Jenischen/Roma, die über zu wenig Stand- und Durchgangsplätze verfügen.

6.3.3 Internationale Kontakte

2009 förderte die EKR die Verbreitung und Diskussion des Vierten Berichts zur Schweiz der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz ECRI mit einer Pressemeldung. In der Beurteilung der Lage der Rassismusbekämpfung in der Schweiz sind sich ECRI und EKR sehr einig. ECRI unterstützte im Vierten Bericht über die Schweiz auch die Position der EKR gegenüber Angriffen.

Im ersten Viertel 2009 befasste sich die EKR vor allem mit der Durban Review Konferenz, die im April 2009 am UNO-Sitz in Genf stattfand. Die EKR sprach ihre Teilnahme und Akkreditierung mit dem *International Coordinating Committee* ICC für nationale Menschenrechtsinstitutionen ab. Sowohl beim Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten EDA als auch beim ICC kam der von der EKR erarbeitete Bericht über die Schweizer Umsetzung der Empfehlungen der UNO-Konferenz gegen Rassismus /Durban in den Jahren 2001-2009 gut an (s. 5.1.)

Einen zweiten Schwerpunkt bildete die Erarbeitung einer Stellungnahme zur Umsetzung des Übereinkommens über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, CESCR, zu welcher die EKR vom UNO-Überwachungsorgan aufgefordert wurde. Immer ausgehend von ihrer Aufgabe des Diskriminierungsschutzes beleuchtet die Stellungnahme die Schwächen und Stärken der Anwendung dieser Konvention. Im November 2009 stellte die EKR dem Sub-Komitee die Erkenntnisse daraus auch mündlich vor.

Im Herbst 2009 forderte das International Coordinating Committee für nationale Menschenrechtsinstitutionen die EKR auf, ihre Akkreditierung als nationale Menschenrechtsinstitution/*specialised agency* mit Status B zu erneuern. Dazu reichte das Sekretariat der EKR eine umfangreiche Dokumentation an die entsprechende Stelle im Hochkommissariat für Menschenrechte der UNO ein.

7 Beratung Privater

Interessant ist die Tatsache, dass sich im Berichtsjahr das politische Klima auch in den gemeldeten Fällen von Rassismus spiegelte. Einerseits rief der Steuerkonflikt mit Deutschland eine Welle von empörten Meldungen an die Beratungsstellen hervor, weil der deutsche Finanzminister mit einer Äusserung pauschal die Schweizerinnen und Schweizer abqualifiziert hatte. Andererseits hat die Volksinitiative „gegen den Bau von Minaretten“ vom November 2009 eine allgemein muslimfeindliche Haltung begünstigt – diese äusserte sich in Mails, auf Blogs usw. und wurde von Menschen, die sich als Opfer fühlten, gemeldet. An die EKR wurden aber auch Forderungen herangetragen, sie müsse „den Koran verbieten“, weil darin rassistische Äusserungen zu finden seien. Sicher tut man gut daran, historische religiöse Texte unangetastet zu lassen und diese nicht mit einem modernen Rassismusverständnis zu analysieren. Die Mehrzahl der gemeldeten Konfliktfälle finden in Schule und Ausbildung, Arbeitsmarkt und Arbeitsplatz, öffentlicher Raum und im Umgang der Polizei mit Klienten statt.

8 Ausblick

Schwerpunkte 2010

Öffentlichkeitsarbeit

- ▶ Fachtagung zusammen mit dem Integrationsbüro der Stadt Lausanne zur Promotion der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus
- ▶ Tagung und Diskussionsplattform für Vertreter/-innen muslimischer Organisationen zur Schaffung einer muslimischen Dachorganisation in der Schweiz, organisiert zusammen mit der Menschenrechtsdirektion der OSZE, ODIHR
- ▶ Jährliches Treffen mit NGO
- ▶ Jährliches Treffen mit kantonalen Vertretern/-innen

Publikationen

- ▶ TANGRAM Nr. 25 zum Thema «Muslimfeindlichkeit»
- ▶ TANGRAM Nr. 26 zum Thema « Sicherheit/Sicherheiten»
- ▶ Studie der EKR « Recht gegen rassistische Diskriminierung »
- ▶ Bericht 2010 des «Beratungsnetzes für Rassismusopfer»

Webseite

- ▶ Publikation der Entscheide 2008 und 2009 in der Urteilssammlung zu Art. 261^{bis} StGB sowie neu Aufnahme von Entscheiden internationaler Gerichtshöfe zu Rassismus-Fällen.
- ▶ Aufschaltung einer neuen Rubrik "Bildungsangebote", mit welcher Interessierte darauf hingewiesen werden, dass Mitarbeitende des Sekretariats und das Präsidium für Referate, Workshops etc. zur Verfügung stehen.

Sensibilisierung

- ▶ Gespräche mit Politikerinnen und Politikern nach der Annahme der Minarett-Initiative
- ▶ Sensibilisierungsarbeit mit der Stellungnahme zum Antidiskriminierungsrecht der EKR
- ▶ Aktivität anlässlich des 21. März 2010 (Internationaler Tag gegen Rassismus)
- ▶ Weiterführung des Projekts «Beratungsnetz für Rassismusopfer», zweiter Jahresbericht
- ▶ Weiterführung des Projekts „Manifest der vielfältigen Schweiz“